

Nach Förder-Absage vom Land: SPD rüffelt VG-Spitze



Von **Markus Wolf** 27. Januar 2026

LANGENLONSHEIM-STROMBERG. Die Nichtberücksichtigung der Verbandsgemeinde (VG) durch das Land Rheinland-Pfalz schlägt weiterhin hohe Wellen. Während Bürgermeister Cyfka seiner Enttäuschung über die Entscheidung der Landesregierung öffentlich Luft machte und Kritik äußerte, nutzt der SPD-Gemeindeverband Langenlonsheim-Stromberg die Situation für eine grundlegende Abrechnung mit den aktuellen Verwaltungsstrukturen.

Aus Sicht der SPD bietet die Fusion der ehemaligen Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg eigentlich ein „solides Fundament“ für eine positive Entwicklung. Dass diese Chancen nicht genutzt werden, liege laut SPD-Vorsitzendem Peter Sykes an der internen Aufstellung: „Die aktuellen Strukturen und Prozesse in der Verwaltung bleiben hinter den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zurück“, so Sykes. Man brauche eine „motivierte und handlungsfähige Verwaltungsspitze“, um die vom Innenministerium bescheinigten Potenziale der Region auch tatsächlich gewinnbringend zu heben.

Kritik an Finanzplanung und Wirtschaftsförderung

Besonders deutlich wird die Kritik beim Thema Finanzen. Die SPD bemängelt insbesondere:

Fehlende Jahresabschlüsse: Sowohl bei der Verbandsgemeinde als auch bei den kommunalen Werken gebe es Rückstände, die eine effektive Arbeit des Rates und eine präzise Finanzplanung erheblich erschweren.

Hohe Umlagesätze: Diese belasten nach Auskunft der SPD die Ortsgemeinden und die Stadt Stromberg, was eine präzisere Finanzplanung zwingend erforderlich macht

Mangelnde Transparenz: Es fehle an Klarheit in der Haushaltsführung und an einer schlagkräftigen Wirtschaftsförderung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Matthias Schütte nimmt die Verwaltungsspitze direkt in die Pflicht: „Wir fordern, diese Missstände anzugehen und die nötigen Schritte zur Stabilisierung und Stärkung unserer Verwaltung zu unternehmen. Nur wer „tragfähige und realistische Projekte“ entwickle, könne in Zukunft erfolgreich Fördermittel einwerben“, so Schütte.

Die SPD hofft auf eine konstruktive Auseinandersetzung. Das Ziel müsse eine „schlagkräftige Verwaltung“ sein, die einen echten Mehrwert für die Bürger schafft und die VG zukunftssicher aufstellt.